

## **GRÜNE Politik bedeutet – mehr Transparenz und starke Beteiligung**

Mehr Transparenz heißt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz: Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern umfangreiche Möglichkeiten eröffnen, über alle wichtigen Angelegenheiten Informationen zu bekommen und sich auf deren Grundlage eine Meinung zu bilden. Dadurch ermöglichen wir politische Diskussionen auf Augenhöhe. Durch mehr Informationen wird Politik nachvollziehbarer. Mehr Informationen sind daher unabdingbar für mehr Bürgerbeteiligung.

Mehr Beteiligung heißt für uns: Wir stehen für eine Politik, welche die Bürgerinnen und Bürger einlädt an Entscheidungen mitzuwirken. Für uns ist klar, dass daher die repräsentative Demokratie durch Elemente der direkten Demokratie und durch konsultative Bürgerbeteiligungsverfahren sinnvoll ergänzt und bereichert werden kann. **Eine lebendige Demokratie braucht starke Parlamente & starke kommunale Räte sowie die direkte Teilhabe & Konsultation der Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen.** Das ist für uns kein Widerspruch.

Für uns GRÜNE ist ein Mehr an Transparenz und ein Mehr an Beteiligung ein konsequenter Schritt zur **Weiterentwicklung unserer Demokratie** im 21. Jahrhundert. Die niedrigen Wahlbeteiligungen und das schlechte Image von „der Politik“ sind für uns alarmierend. Wir wollen Politik offener und verständlicher gestalten und durch diese Einladung, einem möglichen Desinteresse an politischen Vorgängen und Misstrauen gegenüber Parteien und PolitikerInnen entgegenwirken. Durch mehr Beteiligungsmöglichkeiten können wir Menschen für Politik gewinnen und durch mehr Transparenz verloren gegangenes Vertrauen in unser demokratisches System, in unsere Parteiendemokratie, zurück gewinnen. Bessere und transparentere Beteiligung der Menschen kann im Voraus Konflikte verhindern oder entschärfen und neue Potentiale und Ideen hervorbringen. Nie zuvor war es einfacher als heute, Politik durch die Offenlegung von Verfahren und Informationen nachvollziehbarer zu machen. Die Digitalisierung ist dabei eine große Chance für die Weiterentwicklung unserer Demokratie.

Entscheidend für den gesellschaftlichen Erfolg von mehr Bürgerbeteiligung und mehr Transparenz ist die **soziale Dimension von Beteiligung**. Es kann nicht sein, dass kleine machtvolle Eliten durch ein Mehr an Wissen und Netzwerke die Möglichkeiten der direkten Demokratie einseitig für ihre Interessen nutzen. Hier tragen Staat und Parlamente eine Schutzverantwortung für gleiche Teilhabechancen an direkter Demokratie und Transparenz von staatlichen Informationen.

Informationen müssen daher verständlich und barrierefrei bereitgestellt werden, damit Menschen mit und ohne Behinderung, mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen und mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen ebenfalls den Zugang zu Informationen haben. Mit allem Nachdruck fordern wir weiterhin die Absenkung des Wahlalters, damit junge Menschen auch in der Wahlkabine ihrer Meinung Ausdruck verleihen können. Kinder- und Jugendbeteiligung muss bereits von Anfang an Grundprinzip in Bildungseinrichtungen sein. Auch die demokratische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund wollen wir durch eine Erweiterung des Wahlrechts erreichen. Die Öffnung von Parteien für mehr Menschen mit Migrationshintergrund ist dabei unabdingbar und muss auch für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz stärker in den Fokus genommen werden. Ebenfalls sollte das Wahlrecht im Hinblick auf die Teilhabe von Menschen mit Behinderung überprüft und geändert werden.

### **Wir haben Rheinland-Pfalz transparenter gemacht**

Für uns GRÜNE ist die Forderung nach mehr Beteiligung und mehr Transparenz aber keine Worthülse. Wir leben diesen Gedanken in unserer politischen Arbeit auf allen Ebenen.

Auf Landesebene haben wir den Grundsatz Transparenz & Beteiligung verinnerlicht. GRÜN macht hier den Unterschied – mit uns wurde die Landespolitik nachvollziehbarer und partizipativer. Auf unsere Initiative hin ist der Landtag durch die Liveübertragung der Plenarsitzungen gleich zu Beginn der Legislaturperiode transparenter geworden. Die Veröffentlichung der Ausschussprotokolle sowie eine Website für mobile Endgeräte sind darüber hinaus hinzugekommen. Mit dem Lobbyregister wird den Bürgerinnen und Bürgern nun offen dargelegt, welche Verbands- und WirtschaftsvertreterInnen Zugang zur Landespolitik haben. Aber nicht nur der Landtag, auch die Abgeordneten sollen für ihre Arbeit Transparenz schaffen. Die Offenlegung der Nebeneinkünfte wird zukünftig im rheinland-pfälzischen Landtag Standard sein. Mit der Einführung des Landesbeauftragten für die Informationsfreiheit und eines Landesbeauftragten für die Polizei haben wir das Handeln der Verwaltung bereits ein Stück transparenter gemacht. Weitere Schritte werden folgen.

Im Regierungshandeln sind bereits zahlreiche konsultative Beteiligungsverfahren verwirklicht worden. Beispielsweise wurde bei der Erstellung der Konzeption des **Nationalparks Hunsrück-Hochwald** ein breites und transparentes Beteiligungsverfahren durchgeführt. Über die Grenzen des Landes Rheinland-Pfalz wird dieses Verfahren als wegweisend für konsultative Bürgerbeteiligungsverfahren bewertet. Durch das Bürgerbeteiligungsverfahren wird der geplante Park zum Nationalpark der Bürgerinnen und Bürger und zur großen Chance für Natur und Region.

Auch bei der Umsetzung der **Energiewende** sind Transparenz und Beteiligung für uns wichtig: Vor der GRÜNEN Regierungsbeteiligung entschieden die regionalen Planungsgemeinschaften alleine über Wohl und Wollen bei der Ausgestaltung der Energiewende. Wir wollen, dass Zuständigkeiten und Befugnisse immer möglichst nahe bei den direkt gewählten VolksvertreterInnen liegen. Durch die Verlagerung der Zuständigkeit von den Planungsgemeinschaften, deren Tun nur schwer vermittelbar für die Bürgerinnen und Bürger ist, hin zu den durch direkte Wahlen legitimierten Verbandsgemeinderäten, wurde diese Idee bei der Energiewende in Rheinland-Pfalz

bereits erfolgreich umgesetzt. Denn alle Räume außerhalb der durch die Regionalplanung festgelegten Vorrang- und Ausschlussgebiete stehen nunmehr der kommunalen Bauleitplanung offen. Selbstverständlich müssen die verbindlichen gesetzlichen Regelungen auf Bundes- und Landesebene beachtet werden.

Aber auch das Recht auf Information wird durch uns GRÜNE gestärkt. Um die Bürgerinnen und Bürger bei ihrem Recht auf Information zu unterstützen, wurde ein **Informationsfreiheitsbeauftragter** geschaffen.

### **Das erste Transparenzgesetz für Rheinland-Pfalz**

Ein weiterer Meilenstein auf diesem Weg soll das geplante Transparenzgesetz für Rheinland-Pfalz sein. Darin fordern wir vor allem einen Kulturwandel in der öffentlichen Verwaltung. Wir wollen nicht einfach vorschreiben, dass Behörden mehr veröffentlichen, sondern wir wollen zu mehr Offenheit und Partizipation im Verwaltungshandeln ermutigen. Entsprechend muss auch die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung ausgestaltet werden. Die momentan bestehende Holschuld der BürgerInnen muss durch eine aktive Bringschuld der öffentlichen Verwaltung abgelöst werden. Das heißt, nicht die Bürgerin oder der Bürger muss aktiv werden, um Informationen bei der Verwaltung zu beantragen, sondern die öffentliche Verwaltung publiziert diese von sich aus. Grundsätzlich sollen alle amtlichen Informationen öffentlich sein (Open Government Data). Kernelement des Transparenzgesetzes soll ein zentrales Informationsregister sein, das eine Übersicht über alle verfügbaren Informationen gibt. Darin sollen beispielsweise auch öffentliche Fördermittel oder Verträge offengelegt werden. Dieses Register soll der zentrale Zugang zu allen Informationen sein, die der Veröffentlichungspflicht unterliegen. Öffentliche Stellen sollen nicht mehr Hindernis bei der Beschaffung von Informationen sein, sondern im Gegenteil als VermittlerInnen fungieren, um den BürgerInnen möglichst barrierefrei Informationen zur Verfügung zu stellen. Mit diesem Gesetz wird Rheinland-Pfalz als erstes Flächenbundesland Vorreiter in Sachen Transparenz werden. Wir GRÜNE werden uns auch in den Kommunen dafür einsetzen diesen Weg der Transparenz mitzugehen. GRÜN wirkt damit in jeder Amtsstube – wir fördern den Kulturwandel der öffentlichen Verwaltung hin zu mehr Partizipation und Offenheit.

**Mit dem Transparenzgesetz und einem gläsernen Parlament wird Rheinland-Pfalz bundesweit zum Vorreiter in Sachen Transparenz. Unseren Anspruch einen neuen politischen Stil zu pflegen, setzen wir GRÜNE damit konsequent fort.**

### **Mehr Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie auf allen Ebenen**

Mehr Information reicht uns aber nicht – wir wollen zusätzlich die Hürden für mehr Demokratie senken. In den vergangenen drei Jahren hat die **Enquete-Kommission Bürgerbeteiligung** des rheinland-pfälzischen Landtags die demokratischen Mitwirkungsrechte der Menschen in Rheinland-Pfalz überprüft. Expertinnen und Experten haben im Rahmen von zahlreichen Anhörungen unsere GRÜNEN Forderungen bestätigt: Sowohl auf kommunaler Ebene als auch auf Landesebene besteht Handlungsbedarf in Sachen Beteiligung und direkter Demokratie. Die Enquete-Kommission hat daher einen

umfangreichen Forderungskatalog für ihren Abschlussbericht formuliert. Darin finden sich unsere Forderungen, die wir in unserem Landtagswahlprogramm, in unserem letzten Beschluss auf der Landesdelegiertenversammlung in Lambrecht 2011 und in unseren Kommunalpolitischen Leitlinien formuliert haben, wieder: Absenkung der Hürden für direkte Demokratie auf kommunaler und Landesebene, freie Sammlung der Unterschriften für Bürger- und Volksbegehren, Unterstützung von InitiatorInnen von Bürger- und Volksbegehren, Stärkung des Petitionsrechts, Weiterentwicklung der rheinland-pfälzischen Gemeindeordnung für mehr Beteiligung und bessere BürgerInneninformation, Leitlinien für gute Beteiligung. Konkret soll die Landesverfassung auf eine Unterschriftenhürde für Volksbegehren von 100 000 wahlberechtigten Einwohnerinnen und Einwohner gesenkt werden. Für die Sammlung der Unterschriften soll die Amtseintragung entfallen – stattdessen sollen die 100 000 Unterschriften frei an Infoständen gesammelt werden können und dies in sechs Monaten statt vorher in nur zwei Monaten erfolgen. Für InitiatorInnen von Volksbegehren soll es finanzielle Unterstützung, aber auch Transparenzregelungen geben, wie es bereits in anderen Bundesländern Praxis ist. Für diese Absenkung der Hürden ist eine Verfassungsänderung, also eine Zweidrittelmehrheit im Landtag, erforderlich. Daher appellieren wir an die CDU die Stärkung der direkten Demokratie in Rheinland-Pfalz zu unterstützen.

Auf kommunaler Ebene soll die Unterschriftenzahl insbesondere für größere Kommunen gesenkt werden und der Negativkatalog im Hinblick auf Abstimmungsmöglichkeiten zu Bau- oder Finanzfragen geändert werden. Bürgerinnen und Bürger sollen durch politische Bildungsangebote, aber auch durch Beratung bei der Nutzung dieser Beteiligungsverfahren unterstützt werden.

Die Analyse der Enquete-Kommission hat uns GRÜNE bestätigt: Das Zusammenwirken von repräsentativ gewählten Parlamenten und kommunalen Räten sowie direkter Demokratie durch Bürger- und Volksentscheide muss reibungslos funktionieren. Die Entscheidung durch die Bürgerinnen und Bürger selbst bedroht nicht die repräsentative Demokratie, vielmehr stärkt direkte Demokratie die Akzeptanz bestimmter politischer Entscheidungen. Daher setzen wir GRÜNE uns nicht nur für die Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, sondern auch in den Parlamenten und kommunalen Räten für mehr Offenheit gegenüber Volks- und Bürgerentscheiden ein. Ein Mehr an direkter Demokratie kann für uns GRÜNE aber auch bedeuten, Entscheidungen entgegen GRÜNER Parteilinie zu akzeptieren. Diese Herausforderung ist uns vor dem Hintergrund der Absenkung der Hürden wohl bewusst. Das Anliegen der Stärkung der Demokratie ist für uns aber ein übergeordnetes Ziel. Konsultative Beteiligungsverfahren müssen darüber hinaus verstärkt eingesetzt werden, um Entscheidungen in Parlamenten und kommunalen Räten vorzubereiten. Bei konsultativen Verfahren ist es aber besonders wichtig, dass die Rahmenbedingungen für konsultative Verfahren von Anfang an transparent gestaltet werden. Dabei muss klar werden, was überhaupt im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens geklärt werden kann, zum anderen aber auch, was nicht entschieden werden kann.

Transparenz und Beteiligung sind Grundsätze unserer Demokratie. Als Bündnis 90 / Die Grünen schätzen wir diese Prinzipien in ihrer Gänze, weil sie die Basis eines für alle Menschen gerechten politischen Systems darstellen. Eine dieser Grundlagen ist die Gerechtig-

keit eines Wahlsystems, denn ohne das personalisierte Verhältniswahlrecht hätten wir uns als Grüne kaum so stark entwickeln können und unsere Perspektive auf Transparenz, Bürgerbeteiligung, Umweltschutz, Anti-Atom, Gleichstellung, Frauenrechte und Frieden hätte keine Plattform erhalten, diese Gesellschaft zu verändern.

Wir haben die besten Voraussetzungen, unbeeinflusst von eigenen Interessen die Grundsätze unseres politischen Systems auch bei der Einteilung von Wahlkreisen zu achten. Dazu gehört vorrangig die Gleichheit der Chance aller Stimmberechtigten, Einfluss auf die Zusammensetzung des Parlaments zu nehmen. Daneben sollen auch räumliche, historische und regional-strukturelle Zusammenhänge sowie die Grenzen kommunaler Verwaltungseinheiten bei der Wahlkreiseinteilung berücksichtigt werden.

Diese Kriterien sind bei der Wahlkreisreform (Änderung des Landtagswahlgesetzes vom 23.10.2014), z.B. in den neu formierten Wahlkreisen 48, 49 und 50 für die nächsten Landtagswahlen nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt worden. Wir begrüßen deshalb die Absicht der Landtagsfraktion, die soeben verabschiedete Wahlkreisneuordnung wie angekündigt, rechtzeitig vor der übernächsten Landtagswahl unter Beachtung der genannten Grundsätze einer kritischen Prüfung in einem transparenten und partizipativen Gesetzgebungsprozess zu unterziehen.

### **Mehr Transparenz in den Kommunen**

Auf **kommunaler Ebene** kämpfen viele GRÜNE ehrenamtlich für eine transparente und beteiligungsorientierte Kommunalverwaltung, für einen fairen Umgang mit Bürgerinitiativen, für konsultative Bürgerbeteiligungsverfahren und für mehr direkte Demokratie. Auch Kommunalpolitik muss nachvollziehbarer werden. Daher sind verständliche Ratsinformationssysteme sowie die Öffentlichkeit von Rats- und Ausschusssitzungen wichtige Forderungen. Auch das Handeln kommunaler Unternehmen oder von Zweckverbänden muss vielerorts für die Bürgerinnen und Bürger noch nachvollziehbarer werden. GRÜNE setzen sich vor Ort für eine größere Transparenz kommunaler Haushalte ein. Auch Bürgerhaushalte können dabei eine sinnvolle Ergänzung sein. Der Einführung der Liveübertragung kommunaler Gremien im Internet unter Beachtung des Datenschutzes stehen wir positiv gegenüber. Die Kommunen in Rheinland-Pfalz müssen erkennen, dass die Bevölkerung auch von ihnen mehr Transparenz und mehr Beteiligungsmöglichkeiten erwartet. Dies zeigt sich schon allein daran, dass ohne Beteiligung die Akzeptanz für größere Vorhaben vor Ort nicht mehr gegeben ist und dass Bürgerinnen und Bürger immer wieder eine bessere Informationspolitik von ihren kommunalen VertreterInnen einfordern. Hier besteht Handlungsbedarf, daher muss sich die kommunale Ebene bei dem geplanten rheinland-pfälzischen Transparenzgesetz beteiligen.

Die Tagesordnung sowie die Beschlussvorlagen und die Niederschriften des öffentlichen Teils von Gemeinderatssitzungen sind als Information für die Bürgerinnen und Bürger abrufbar ins Internet zu stellen. Eine Abweichung von diesem Grundsatz ist nur durch einen Beschluss des Gemeinderats möglich!

Auch auf europäischer Ebene müssen wir GRÜNE uns weiterhin für eine Stärkung der Bürgerbeteiligung und Transparenz einsetzen. Gerade die aktuellen Entwicklungen rund

um die Freihandelsabkommen TTIP und CETA zeigen das Bürgerbeteiligung und Transparenz auch hier gelebt werden müssen. Die scheidende EU-Kommission beweist mit der Ablehnung der europäischen Bürgerinitiative „STOP TTIP \_ SO NICHT!“, dass Transparenz und Bürgerbeteiligung auf der europäischen Ebene noch einen zu geringen Stellenwert haben. Wir unterstützen weiterhin das Begehren des Bündnisses „Stop TTIP – für eine europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA“.

Eine Demokratie, die auf Transparenz und die Informiertheit ihrer Bürgerinnen und Bürger setzt, lebt ebenso von einer vielfältigen Medienlandschaft. Analoge und digitale Medien leisten einen elementaren Beitrag für die öffentliche Meinungsbildung und sind daher unerlässlich. Das Vertrauen, das die Bürgerinnen und Bürger den Medien in Deutschland entgegenbringen, ist gleichzeitig aber auch eine große Verantwortung für ihre Macher. Transparenz, also die Rückverfolgung von Informationen oder die Auskunft über Betreiber von Plattformen sowie ihrer Anteilseigner spielen auch hier eine zentrale Rolle. Den öffentlich-rechtlichen Angeboten kommt eine besondere Verantwortung zu. Sie müssen staatsfern organisiert sein, Vielfalt auch in den Gremien abbilden und transparent machen, wie die öffentlichen Mittel eingesetzt werden.

### **Transparenz und Beteiligung bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz: Wir beginnen bei uns selbst**

Nicht nur im Handeln nach außen sind für uns Transparenz und Beteiligung Grundprinzipien, sondern auch **parteiintern** sind diese maßgebend und beispielsetzend. Basisdemokratie ist eine der vier Grundpfeiler unserer Parteigründung vor 35 Jahren. Diese gilt es –auch in Zeiten der Regierungsbeteiligung – immer hochzuhalten und weiterzuentwickeln. Dabei war und ist umfassende Beteiligung das Leitmotiv der Entwicklung unserer Basisdemokratie. Mitbestimmung und Verantwortung gehören für uns zusammen. Gerade in Verantwortung für ein Bundesland ist eine möglichst breite Beteiligung und Mitbestimmung eine GRÜNE Stärke, die es auszubauen gilt. Dies macht uns unverwechselbar, dies bringt uns voran und die gemeinsame Verantwortung für gemeinsam getroffenen Entscheidung stärkt uns auch in der Überzeugung der Wählerinnen und Wähler und in der Auseinandersetzung mit den politischen GegnerInnen, nicht nur aber auch, in der Landtagswahl 2016. Nur mit starken GRÜNEN in der Verantwortung wird Rheinland-Pfalz auch nach 2016 demokratischer und transparenter.

Wir beginnen bei uns selbst, weil wir im Hinblick auf innerparteiliche Demokratie und Transparenz noch besser werden können. Gerade bei auch lokapolitisch wichtigen Problemen ist eine engere und frühzeitige Einbindung der Parteigliederungen „vor Ort“ in den politischen Meinungs- und Entscheidungsfindungsprozess von Landesverband, Landtags- und Bundestagsfraktion sowie Landesregierung notwendig und bei Themen wie Wahlkreisreformen und der Kommunal- und Verwaltungsreform dringend geboten. Deshalb setzen wir auf eine frühzeitige Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit der innerparteilichen Landesebene mit den betroffenen Kreisverbänden.

Mit der Einführung des Kleinen Parteitages und den schon seit einigen Jahren verstärkt stattfindenden Kreisvorständetreffen, GRÜNEN Themen-Tagen und Regionalkonferenzen gehen wir auch als Regierungspartei mit gutem Beispiel voran. Offene Diskussionsforen

auf vielen dieser Veranstaltungen sind niedrighschwellige Möglichkeiten zum Mitdiskutieren. Dies ist auch mit Blick auf die Erstellung des Landtagswahlprogramms für 2016 eine positive Entwicklung und soll verstärkt genutzt werden. In einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz können auch Beteiligungsmöglichkeiten über das Internet die Einbindung der Parteibasis vereinfachen. Auch die Landesarbeitsgemeinschaften sollten sich aktiv um größere Beteiligungsmöglichkeiten für Mitglieder aus dem gesamten Land bemühen, ohne lange zeitraubende und unökologische Fahrten zum Tagungsort notwendig zu machen.

### **Demokratie 2.0: Eine neue Politische Kultur gibt's nur mit uns GRÜNEN**

In 35 Jahren Parteigeschichte haben wir die Demokratie in Rheinland-Pfalz aus der APO, in der Opposition und seit 2011 in der der Regierung mitgestaltet und weiterentwickelt. Durch unsere Partei wurden neue Themen in die politische Diskussion eingebracht – eines davon war und ist die Stärkung und Weiterentwicklung unserer Demokratie. Als GRÜNE haben wir uns dem Einsatz für mehr Transparenz und Beteiligung verschrieben und werden weiterhin auf allen politischen Ebenen diesen Einsatz fortsetzen.

Viele unserer GRÜNEN Forderungen zur Stärkung der Partizipation und Transparenz finden sich in den Empfehlungen der Enquete-Kommission des Landtags „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratiewieder, daher werden die GRÜNE Landtagsfraktion und die Landesregierung aufgefordert, die Empfehlungen Schritt für Schritt umzusetzen und darüberhinausgehende GRÜNE Forderungen voran zu treiben.

Vor Ort in den Kommunen ist eine stärkere Transparenz auch erforderlich, um die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Daher stehen wir für eine Kommunalpolitik, die ein hohes Maß an Nachvollziehbarkeit als Standard hat.

Innerparteilich wollen wir unsere Basisdemokratie wie bisher kontinuierlich weiter entwickeln. Wir haben keine Angst vor mutigen Debatten. Im Gegenteil! Die Diskussion und die basisdemokratische Beteiligung und Mitbestimmung stärken unsere GRÜNEN Themen und Inhalte, auch und gerade in der gemeinsamen Regierungsverantwortung. Insbesondere die Erstellung unseres Programms für die Landtagswahl 2016 werden wir in einem offenen und transparenten Verfahren durchführen. Wir wollen eine breite innerparteiliche Beteiligung unserer Mitglieder, der GRÜNEN KommunalpolitikerInnen, der Kreis- und Ortsverbände und der Landesarbeitsgemeinschaften. Aber das reicht uns nicht. Wir wollen uns noch weiter in die Gesellschaft öffnen. Wir gehen auf die BürgerInnen zu, stellen uns der Diskussion auch mit Verbänden und gesellschaftlichen Gruppen. Wir wollen zeigen, dass wir eine Mitmach-Partei sind, die dafür antritt, dass Rheinland-Pfalz weiter eine transparente Politik macht, die alle Menschen einlädt den sozial-ökologischen Wandel auch in den nächsten Jahren aktiv mitzugestalten.